

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Stephan Gamm, Andreas Grutzeck,  
Eckard Graage, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Keine gefährlichen Drogenexperimente – Legalisierung von Cannabis  
stoppen!**

Die Ampel-Bundesregierung spielt mit dem Feuer. Entgegen dem Rat zahlreicher Experten sind SPD, GRÜNE und FDP im Bund wild entschlossen, den Besitz, Konsum und Anbau von Cannabis in Deutschland zu legalisieren. Ab 18 Jahren soll der Besitz von 25 Gramm erlaubt werden, privat sollen bis zu drei Cannabispflanzen angebaut werden dürfen und in speziellen Vereinen, sogenannten Cannabis-Clubs, sollen Mitglieder die Droge gemeinschaftlich anbauen und gegenseitig abgeben dürfen. In sogenannten Modellregionen soll zudem die Einrichtung staatlich lizenzierter Cannabis-Läden ausgetestet werden.

Dieses Drogenexperiment der Ampel-Bundesregierung ist höchstgefährlich. Beispiele anderer Länder zeigen: Mit einer Legalisierung steigt der Konsum von Cannabis deutlich an und damit auch die gesundheitsschädlichen Folgen. Eine Legalisierung bedeutet vor allem eine Verharmlosung dieser besonders für Kinder und Jugendliche gefährlichen Droge und sendet das völlig falsche Signal.

Darauf weisen zahlreiche Experten hin, wie beispielsweise der Suchtmediziner und Kinder- und Jugendpsychiater Rainer Thomasius vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf: „Der regelmäßige Konsum ist es, der die Folgeschäden mit sich bringt. Das sind Psychosen, Angststörungen, kognitive und depressive Störungen und vor allen Dingen die Störungen der Gehirnentwicklung bei Jugendlichen. Deshalb muss das Paradigma sein: Kein Cannabis-Gebrauch im Jugendalter. Und dies wird durch eine Legalisierung konterkariert.“ Laut Thomasius könne sich durch die Fehlentwicklung des Frontalhirns der Intelligenzquotient um bis zu zehn Punkte vermindern.

Außerdem wird damit, entgegen anderslautender Erzählungen, der Verbreitung weiterer illegaler Drogen Vorschub geleistet und der Schwarzmarkt gestärkt. Die Belastung für die ohnehin schon stark beanspruchten Hamburger Polizistinnen und Polizisten würde weiter steigen. So lehnt auch die Deutsche Polizeigewerkschaft eine Legalisierung entschieden ab. Damit sei eben keine Entlastung der Polizei und Justiz verbunden, sondern es kämen neue Kontrollfelder hinzu, der Schwarzmarkt werde wachsen und der Konsum deutlich zunehmen.

Dabei hat Hamburg im Drogenmilieu schon genug Probleme zu bewältigen. Schon jetzt gibt es Schießereien auf offener Straße zwischen Dealern und die Zustände rund um das Drob Inn und an anderen Orten sprechen für sich. Statt weitere Drogen zu legalisieren, sollte die Prävention gestärkt und gerade der Einstieg in den Konsum verhindert werden. SPD, GRÜNE und FDP schaffen vorsätzlich immer neue Probleme, statt sich auf Lösungen für die bereits bestehenden Baustellen zu konzentrieren.

Der von Bundeskanzler Scholz und den Ministern von SPD, GRÜNEN und FDP am 16.08.2023 im Bundeskabinett beschlossene Gesetzesentwurf zur Legalisierung von Cannabis muss nun durch Bundestag und Bundesrat. Bis Ende des Jahres soll das Gesetz in Kraft treten. Dies gilt es zu verhindern und damit schweren Schaden von der Gesellschaft und der Gesundheit vieler Menschen abzuwenden.

Sowohl Hamburgs Innensenator als auch der Bürgermeister haben sich gegen die Legalisierung von Cannabis ausgesprochen und wollen nicht, dass Hamburg Modellstadt für dieses gefährliche Experiment wird. Der rot-grüne Senat ist nun gefordert, hier mit einer einheitlichen und klaren Linie Stellung zu beziehen und sich auf Bundesebene entsprechend gegen eine Legalisierung von Cannabis einzusetzen und im Bundesrat gegen den entsprechenden Gesetzesentwurf zu stimmen. Worte alleine reichen nicht, jetzt muss gehandelt werden.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. sich auf Bundesebene gegen die Legalisierung von Cannabis einzusetzen und im Bundesrat gegen den entsprechenden Gesetzesentwurf zu stimmen;
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Hamburg im Falle einer Legalisierung von Cannabis unter keinen Umständen Modellstadt wird, und keine entsprechende Bewerbung abzugeben;
3. der Bürgerschaft ist bis zum 31.10.2023 zu berichten.